

CDU-Parteitag

Streicheleinheiten

Der jüngste CDU-Parteitag in Hamburg leistete bei der Beratung der 2 500 Anträge Herkules-Arbeit: Am Ende des dreitägigen Beratungsmarathons ist eine wirtschaftspolitische Plattform unter der Devise „Für Wachstum und Beschäftigung“ ebenso wie das neue, drei Jahre lang vorbereitete Grundsatzzprogramm mit großer Mehrheit gebilligt worden. Die CDU will beide Papiere nicht als bloße Wahlaussagen, sondern als programmatische Festlegungen verstanden wissen – zumal das Ludwigshafener Grundsatzzprogramm der CDU aus dem Jahr 1978 aktualisierungsbedürftig war. Das Markenzeichen der Union, die „soziale Marktwirtschaft“, wurde durch zumindest verbal beschworene ökologische Komponenten ergänzt. Der Vorsitzende der Programm-Kommission, Dr. Reinhard Göhner, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, unterstrich die Leitlinie des Programms: „Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung müssen unsere Sozialpolitik für eine fortschrittliche Gesellschaft kennzeichnen.“ Es sei kein „politisches Wunschkonzert“; der Staat könne auch keine „Vollkaskoversicherung“ für seine Bürger sein. Zudem müsse Schluß sein mit leeren Versprechungen. Es könne nur das versprochen und angepackt werden, was mit marktwirtschaftlichen Mitteln, und ohne die ge-

samtwirtschaftliche Abgabenquote zu erhöhen, finanziert werden kann.

Einige Streicheleinheiten auch für die Leistungsträger und -erbringer im Gesundheitswesen: Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung müßten wieder in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. Auch in Zukunft müsse eine aktive Gesundheitspolitik auf den Fortschritt der Medizin bei der Bekämpfung noch unheilbarer Krankheiten und Leiden setzen. Die CDU will sich für die Weiterentwicklung der Vorsorge und Gesundheitserziehung stark machen, „denn die Erhaltung der Gesundheit liegt vorrangig in der Verantwortung des einzelnen“.

Das von der Bonner Koalition auch mit Unterstützung der Opposition durchgedrückte Gesundheitsstrukturgesetz wird als „Fundament für eine leistungsfähige und wirtschaftliche“ medizinische Versorgung bezeichnet. Bei der weiteren Stabilisierung der Kassenfinanzen müsse sich die Politik auch künftig aktiv einschalten. Überflüssige und fehlgesteuerte Leistungen müßten auf den Prüfstand gehoben werden. Dies müsse in der bereits avisierten dritten Stufe zur Strukturreform im Gesundheitswesen geschehen. Vorbehaltlos bekennt sich die CDU zu den Postulaten der freien Arztwahl und zu freiberuflich tätigen Ärzten. Allerdings müsse vor Machbarkeitsvorstellungen in der

Medizin gewarnt werden. Die Entwicklung wirksamer Verfahren und Methoden sowie bei Heilmitteln müsse gefördert und schnell realisiert werden. Um ja nicht auszugrenzen und nicht anzuecken, wird die Förderung von Naturheilverfahren und Naturheilmitteln propagiert, „die das herkömmliche ärztliche Fachwissen sinnvoll ergänzen“.

Den Krankenhäusern soll ein neuer „Kostenschliff“ verpaßt werden. Bloße Verwaltungen müßten durch modernes Management ersetzt werden. Private Rechtsformen sollten die Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft ergänzen – alles nach der Devise von mehr marktwirtschaftlicher Steuerung und Deregulierung. Oftmals sind die Aussagen ambivalent, beinhalten ein Sowohl-Als-auch. So werden einerseits mehr Eigenverantwortlichkeit des einzelnen für seine Gesundheit und Vorfahrt der Selbstverwaltung propagiert, andererseits sollen der Staat und staatliche Einrichtungen die Finger im Spiel lassen und Rahmenbedingungen setzen. Für die CDU ist selbstverständlich, daß die Gesundheitspolitik auch künftig in die Gesamtpolitik, insbesondere die Sozial- und Wirtschaftspolitik, eingebunden bleiben muß. Mal abwarten, ob dies auch bei der konkreten Reformgestaltung gilt und auch noch nach der Bundestagswahl Bestand hat . . . HC